6. Welche Behörde ist unter der „zuständigen“ im §. 328 St.G.B.'s zu verstehen?
St.G.B. §. 328.

Reichsgesetz vom 23. Juni 1880, betr. die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen (R.G.Bl. S. 153).

Preuß. Ausführungs-gesetz vom 12. März 1881 (G.S. S. 128).
Bgl. Bd. 1 Nr. 1; Bd. 9 Nr. 110.

IV. Straffenat. Ur. v. 30. Januar 1885 g. S. Rep. 3263/84.

I. Landgericht Schneidemühl.

Die Polizeiverwaltung zu S. hatte zur Verhütung des Verbreitens einer ausgebrochenen Tollwut die Festlegung aller Hunde für den Polizeibezirk angeordnet und die Ausführung von Hunden über diesen Bezirk hinaus verboten. Der Angeklagte hatte in zwei Fällen diese Anordnung wissentlich verletzt. Dennoch ist er von der Anklage einer

Zuwiderhandlung gegen den §. 328 St.G.B.'s freigesprochen, indem angenommen worden ist, daß die Polizeiverwaltung unter der in dem Paragraphen gedachten zuständigen Behörde nicht zu verstehen sei, somit die von ihr angeordnete Maßregel nicht zu den in dem Paragraphen geschützten gehöre, daß vielmehr der Paragraph nur die Verletzung solcher Absperrungs- oder Aufsichtsmaßregeln mit Strafe bedrohe, welche, wenn in Preußen ergangen, von der Regierung erlassen worden sind. Die eingelegte Revision ist für begründet erachtet worden.

Aus den Gründen:

Es muß zugegeben werden, daß die Auslegung, welche der §. 328 St.G.B.'s gefunden hat, auch von dem früheren preuß. Obertribunale verteidigt worden ist. Indessen scheidet sie an dem Wortlaute des Paragraphen, der gerade mit Rücksicht auf die Abweichung von der Fassung des §. 307 preuß. St.G.B.'s die Interpretation gebietet, daß unter der zuständigen Behörde diejenige zu verstehen, die in dem konkreten Falle nach der betreffenden Landesgesetzgebung zur Anordnung von Schutzmaßregeln gegen die Viehseuchen befugt ist. Dieser Auffassung steht, wie das Reichsgericht bereits in dem von der Vorinstanz selbst angezogenen Urteile vom 21. Oktober 1879,

vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 1 S. 1, ausgeführt hat, die Entstehungsgeschichte des Paragraphen nicht entgegen. Wenn es daher richtig ist, daß das Gesetz, betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom 12. März 1881 (G.S. S. 128) anderen Behörden als den Regierungen das Recht beigelegt hat, die in dem Reichsgesetze vorgesehenen Maßregeln anzuordnen, und wenn diese Maßregeln ihrem Wesen und ihrer Natur nach unter die im §. 328 St.G.B.'s geschützten fallen, so müssen auch jene Behörden als die zuständigen im Sinne des Paragraphen angesehen werden. Der Einwand aber, daß die Landesgesetzgebung nicht die Macht habe, die dem Reichsrechte angehörige Bestimmung des §. 328 zu ändern oder auch nur zu erweitern, würde nur dann von Gewicht sein, wenn der Wortlaut des Paragraphen mit dem des §. 307 preuß. St.G.B.'s sich völlig deckte, was, wie oben gezeigt, nicht der Fall ist. Nun bestimmt das Reichsgesetz vom 23. Juni 1880 (R.G.Bl. S. 153), in den §§. 18 flg. die Schutzmaßregeln, welche polizeilich angeordnet werden können und den Zweck haben, das Verbreiten von Viehseuchen zu verhindern, zählt in den §§. 10 und

34 flg. die Tollwut zu den Viehseuchen und schreibt im §. 38 für den Fall, daß ein der Seuche verdächtiger Hund frei umhergelaufen ist, obligatorisch vor, daß die Festlegung der Hunde in dem verdächtigen Bezirke polizeilich angeordnet werde. Allerdings schützt der §. 328 St.G.B.'s nicht jede Schutzmaßregel, sondern nur die Absperrungs- und die Aufsichtsmaßregeln. Indessen kann es keinem Bedenken unterliegen, daß die Festlegung der Hunde ebensowohl dem Zwecke dient, die Übertragung der Seuche auf sie zu verhindern, wie eine Aufsicht über sie für den Fall bereits erfolgter Ansteckung zu üben, daß die Maßnahme zu den im §. 328 gedachten Aufsichtsmaßregeln gehört, und daß sich das Verbot einer Ausführung von Hunden über den verdächtigen Bezirk hinaus, welches gleichfalls nach §. 20 des Reichsgesetzes polizeilich angeordnet werden kann, als eine Absperrungsmaßregel charakterisiert.

Hiernach kann es nicht zweifelhaft sein, daß die von der Polizeiverwaltung zu S. angeordneten Maßregeln an sich zu denjenigen zu zählen sind, auf welche der §. 328 Anwendung findet. Welche Behörde zur Anordnung der im Reichsgesetze zugelassenen und vorgeschriebenen Schutzmaßregeln befugt sein soll, ist der Landesgesetzgebung überlassen worden (§. 2 Reichsges.). Demgemäß überträgt §. 1 des preuß. Ausführungsgesetzes vom 12. März 1881 diese Befugnis den Regierungspräsidenten, den Landräten und den Ortspolizeibehörden, also nicht auch den Regierungen, und bestimmt in §. 2, daß, soweit das Gesetz selbst nicht anderes anordnet, die im Reichsgesetze den Polizeibehörden überwiesenen Obliegenheiten von den Ortspolizeibehörden wahrgenommen werden sollen. Diese anderen Bestimmungen, durch welche die Zuständigkeit der Regierungspräsidenten und Landräte unter Ausschließung jeder unteren Instanzen geregelt wird, finden sich in §§. 3 bis 11 und beziehen sich nicht auf den vorliegenden Fall. Hiernach war zur Anordnung der gegen die Verbreitung der Tollwut gerichteten Schutzmaßregeln die Ortspolizeibehörde, also die Ortspolizeiverwaltung zu S. die zuständige Behörde. Man findet zwar die Vorinstanz eine Bestätigung ihrer gegenteiligen Ansicht darin, daß das Reichsgesetz selbständige Strafbestimmungen für die Zuwiderhandlungen gegen die polizeilich angeordneten Schutzmaßregeln enthält, und folgert hieraus, daß der §. 328 auf diese Maßregeln keine Anwendung finden solle. Allein sie übersieht, daß diese Strafvorschriften nur unter der ausdrücklichen Bedingung: „sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen

Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist," gegeben sind, daß also der Zweck derselben nur dahin geht, die unter andere Bestimmungen nicht fallenden Fälle der Zuwiderhandlung zu treffen. Es wird daher durch sie die Anwendbarkeit des §. 328 auf diejenigen Fälle, in welchen die Zuwiderhandlung wesentlich, also unter dem Hinzutritte eines besonderen subjektiven Schulmomentes begangen wird, nicht ausgeschlossen.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 6 S. 159.